

«Illegales Vorgehen»

Vorwürfe an Laufner Stadtrat

Von Julian Eicke

Laufen. Auch wenn dem Stadtrat von Laufen punktuell «illegales Vorgehen» vorgeworfen wurde, die Gemeindeversammlung vom Donnerstag verlief grösstenteils zügig und ohne Polemik. Einzig bei der Verabschiedung des Waldbaulinienplans Dürrenboden entbrannte eine Diskussion zwischen einem Bürger und dem Stadtrat um die Frage, ob das Vorgehen des Stadtrates denn juristisch korrekt sei.

Und darum ging es: Im Rahmen der Baulandumlegung und Quartierplanung Dürrenboden sollte der gesetzlich festgelegte Waldabstand von 20 auf 10 Meter verkleinert werden, damit die im Quartierplan vorgesehenen Baubereiche optimal genutzt werden können. Dem Stadtrat wurde nun aber «illegales Vorgehen» vorgeworfen, da ein zeitliches Auseinanderfallen der Beschlüsse über die Waldbaulinie einerseits und den Quartierplan andererseits eine nach dem Raumplanungsgesetz (RPG) verbotene «Salamitaktik» darstelle. Somit komme nicht das korrekte Verfahren zur Anwendung.

Peter Jäckle, Präsident der Baukommission, widersprach und meinte, dass das Verfahren durchaus gesetzeskonform sei. Man befände sich juristisch im Einklang mit dem RPG, und der vorgängige Beschluss über die Reduktion der Waldbaulinie gewährleiste Rechtssicherheit. Die Argumente sassen. Mit grossem Mehr wurde der Waldbaulinienplan gutgeheissen.

Ebenfalls bewilligt wurde ein Kredit über 65 000 Franken für die Sanierung des Pumpwerks Birshalden. Dieses weise einen erheblichen Erneuerungs- und Sanierungsbedarf auf. Es sei stark hochwassergefährdet, erfülle die Anforderungen des kantonalen Labors nicht mehr, und die Schaltanlagen seien stark veraltet. Vorerst zurückgezogen hat der Stadtrat den Antrag für einen Kredit über 68 565 Franken für die Aktienkapitalerhöhung der Gasag. Dass grössere Investitionen anstehen, steht fest – da die Gemeinden Zwingen und Breitenbach aber unerwartet einer Aktienkapitalerhöhung ihre Zustimmung entzogen, ist die Frage nach deren Finanzierung plötzlich wieder offen.



Marc Scherrer. Bewährungsprobe für den CVP-Präsidenten. Foto Dominik Plüss



Hector Herzig. Der GLP-Präsident kandidiert vielleicht selbst. Foto M. Christen



Urs von Bidder. Der EVP-Präsident ist diesmal Beobachter. Foto Daniel Jenni



Marie-Therese Müller. Die BDP muss der GLP den Vortritt lassen. Foto D. Plüss

Die CVP muss sich für ein Bündnis mit Rechts oder mit der Mitte entscheiden

In der Mitte geht die Post ab

Von Thomas Gubler



Für die Regierungsratswahlen vom 8. Februar 2015 zeichnet sich eines immer mehr ab: Es wird wieder eine Kandidatur aus der Mitte geben. Und weil sich die BDP gesamtschweizerisch inzwischen eher schwertut und die Baselbieter GLP in der Mitte ohnehin die etwas profiliertere Partei ist, dürften es die Grünliberalen sein, die den Kandidaten stellen werden.

Was die Kandidaten betrifft, kann die GLP eh aus dem Vollen schöpfen. Da sind der Anwalt und profilierte Kulturpolitiker im Landrat, Hans Furer, und Parteipräsident Hector Herzig. Und auch beim bereits wahlkampfproben Gerhard Schafroth ist keineswegs auszuschliessen, dass es ihn nicht doch noch einmal reizt. Vor allem weil die Wahlchancen etwas höher sind als seinerzeit bei der Wahl des Nachfolgers von Adrian Ballmer. Ob und wie gross die Wahlchancen eines Mitte-Kandidaten sind, dürfte übrigens nicht zuletzt vom Verhalten der Freisinnigen abhängen.

Treten sie noch einmal mit Sabine Pegoraro an und wenn nicht, mit wem dann? Dabei gilt es zu bedenken, dass ein neuer FDP-Kandidat oder eine Kandidatin nicht mehr als «gesetz» gilt – auch wenn der Freisinn nur noch über einen Regierungssitz verfügt.

Als gesetzt betrachtet werden kann dagegen CVP-Finanzdirektor Anton Lauber. Das amtsjüngste Mitglied hat innert kurzer Zeit die Führungsrolle im Regierungskollegium übernommen. Zudem ist er quer durchs politische Spektrum wohlgelesen. Sorgen um seine Wiederwahl muss er sich jedenfalls kaum machen.

Glücklich also die Partei, die einen Lauber hat, sollte man meinen. Nur, mit wem zusammen soll die CVP ihr Paraderpferd ins Rennen schicken? In einer Art bürgerlicher Zusammenarbeit (BüZa) mit der SVP und der FDP, um den Unbestrittenen ohne Risiko und Blesser ins Ziel zu bringen? Oder im Verbund mit GLP, BDP und EVP, um dem ramponierten Begriff «starke Mitte» zumindest als Wahlbündnis noch etwas Inhalt zu verleihen? Was für die kantonalen Wahlen wie ein Luxusproblem aussieht, könnte für die Christlichdemokraten bei den Nationalratswahlen im Herbst zur Schicksalsfrage werden.

Denn wer sich in der Mitte umhört, kommt schnell zur Erkenntnis, dass es für die CVP so wie bisher bei den Wahlen 2015 mit Sicherheit nicht mehr läuft: nämlich dass die Mitteparteien bei den eidgenössischen Wahlen brav CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter unterstützen und ihr wie 2011 zur Wiederwahl verhelfen, die CVP dann aber bei den Regierungsratsersatzwahlen die SVP unterstützt, um den eigenen Sitz zu sichern.

So wie bisher läuft es für die CVP bei den Wahlen 2015 mit Sicherheit nicht mehr.

2011 war noch vieles anders. Zumindest für die CVP. Mit einer Mitte-Allianz konnte diese zuerst die eigenen Verluste bei den Landratswahlen kaschieren. Und eine anhaltende Mitte-Euphorie nährte berechtigte Hoffnungen auf einen zweiten Nationalratsitz für das neue Bündnis aus CVP, EVP, BDP und GLP. Um ein Haar hätte es für Peter H. Müller (damals BDP) ja auch gereicht. Diesmal ist jedoch nicht nur von Euphorie nichts mehr zu spüren,

auch der zeitliche Ablauf ist für die CVP ungünstig. Sollte diese sich nämlich weiter als verlässliche bürgerliche Kraft profilieren wollen und bei den Regierungsratswahlen im Februar die Allianz mit den Bürgerlichen derjenigen mit den Mitteparteien vorziehen, könnte sie im Herbst ihren Nationalratsitz verlieren. Sie befände sich dann allein auf weiter Flur, weil der Bruch in der Mitte nicht mehr zu heilen wäre und Elisabeth Schneider-Schneiter auch nicht auf die Unterstützung von FDP und SVP zählen kann. Auf den neuen CVP-Präsidenten Marc Scherrer wartet hier die erste grosse Bewährungsprobe. Wählt die CVP aber den Machterhalt – und diesen Part hat sie bisher virtuos gespielt –, dann bleibt sie in der Mitte und nimmt dadurch möglicherweise einen weiteren Wählerverlust in Kauf. Den Baselbieter Wählerinnen und Wählern könnte dies bei den Regierungsratswahlen nur recht sein. Sie hätten dann eine Auswahl aus vier verschiedenen Tickets: aus einem rechten mit SVP und FDP, einem linken mit zwei SP-Kandidaten(-innen), einem grünen mit Isaac Reber und einem der Mitte mit Anton Lauber und einem GLP-Kandidaten. Der Wahlausgang wäre so offen wie noch nie. thomas.gubler@baz.ch

Nachrichten

Erste Orange-Filiale auf Baselbieter Boden

Liestal. Orange Communications eröffnet am 24. April einen Shop in Liestal und damit seine erste Niederlassung auf Baselbieter Boden. In Basel-Stadt ist Orange bereits an sechs Standorten vertreten. «Liestal stand bei uns schon länger auf der Wunschliste», sagt Mediadirektorin Therese Wenger. «Mit dem Standort an der Rathausstrasse können wir unsere Kunden und auch viele Neukunden optimal bedienen.» Am Eröffnungstag wartet das Kommunikationsunternehmen mit einem besonderen Angebot und einem Gewinnspiel auf. ng

Lastwagen drückt Auto an die Tunnelwand



Foto Polizei BL

Muttenz. Im Schänzlitunnel auf der Autobahn A18, Höhe Muttenz, ereignete sich am Mittwochvormittag ein Unfall zwischen einem Lastwagen und einem Auto. Verletzt wurde niemand, es entstand aber hoher Sachschaden. Auch kam es zu grösseren Verkehrsbehinderungen. Wie die Baselbieter Polizei mitteilt, hatte ein Lastwagenfahrer beim Spurwechsel einen Personenvan übersehen und touchierte diesen. In der Folge drehte sich das Auto und wurde vom Lastwagen an die Tunnelwand gedrückt. Halb auf der Leitplanke blieb der demolierte PW schliesslich stehen.

Déjà-vu nach 35 Jahren?

Debatte über Wiedereinführung des Einwohnerrats

Von Catherine Weyer

Münchenstein. Die einen sprechen von einem Verlust der direkten Demokratie, die anderen von einer dringenden nötigen Professionalisierung: An einer Podiumsveranstaltung kreuzten Befürworter und Gegner der Wiedereinführung des Münchensteiner Einwohnerrats – nach 35 Jahren – die Klinge. Die Fronten waren von der ersten bis zur letzten Minute verhärtet: Urs-Peter Moos, BDP-Landrat und Gemeinderat von Binningen, stellte sich mit Stefan Haydn, Vorstandsmitglied der SVP Münchenstein, gegen die Wiedereinführung des Parlaments.

Moos, der selber schon als Einwohnerrat politisiert hat, stellte den Rat und den Gemeinderat als «Knäuel» dar, die sich gegenseitig decken würden, und das Parlament nehme ohnehin seine Aufgaben nicht wahr: «Eine solche Kommission ist das Ende der Transparenz.»

Ganz anders sieht es die Prattler CVP-Einwohnerin Andrea Klein: «Gerade wenn man sich gut kennt, gibt man sich gegenseitig auf die Kappe.» Ihrer Meinung nach kann eine Gemeinde ab einer gewissen Grösse gar nicht mehr mit einer Gemeindeversammlung geführt werden. «Pratteln hat sich so explosionsartig entwickelt, dem hätte man mit einer Gemeindeversammlung nie gerecht werden können.»

Klein pochte darauf, dass dank des Einwohnerrats die Geschäfte genauer und schneller behandelt würden, Haydn sieht trotzdem schlicht keinen Grund, ein Parlament einzusetzen: «Der Einwohnerrat ist teuer und bringt keinen Mehrwert. Münchenstein kann sich das in der momentanen Situation nicht leisten.» Ist eine Gemeindever-

sammlung, bei der im Schnitt 100 Leute zugegen sind, repräsentativer als ein Einwohnerrat mit 30 oder 40 Mitgliedern? Nein, sagte der Reinacher alt Gemeinde- und Einwohnerrat Franz Wirth: «Der Einwohnerrat ist das ganze Jahr an der Gemeindepolitik interessiert – das ist auch Geld wert.»

An der Gemeini einfach aufstehen

Für Haydn gerät durch die Kompetenzen der Einwohnergemeinde der einzelne Bürger ins Hintertreffen: «Der Aufwand, um sich zu wehren, wird unheimlich gross. An einer Gemeini kann er einfach aufstehen. Um gegen den Einwohnerrat anzukommen, muss er Unterschriften sammeln.» Landrat Moos erachtet es deshalb auch als wichtiger, an einer anderen Front vorwärts zu machen: Er will, dass es in kleineren Gemeinden einfacher wird, das fakultative Referendum zu ergreifen. Die Kontrollfunktion des Einwohnerrats könnte auch die Gemeindekommission übernehmen, ist er überzeugt.

Eine Steilvorlage, die GLP-Landrat Daniel Altermatt, der im Publikum sass, dankend annahm: «Ich bin selbst in einer Gemeindekommission und kann sagen, dass diese keinerlei Kompetenzen hat. Der Einwohnerrat ist wichtig und auch nötig», erklärte er.

Moos versuchte klarzumachen, dass es sich dabei keineswegs um professionelle Politiker handle: «Nur weil jemand im Einwohnerrat sitzt, macht ihn das noch nicht kompetenter als einen Bürger.» Klein hielt dagegen, dass es sich im Einwohnerrat um ein gewähltes Gremium handle, das eine breite politische Meinung abbilde. «Hier gibt es nie die Gefahr, dass ein Bevölkerungsteil überproportional vertreten ist.»

EVP entgeht heikler Diskussion

Keine Diskussion zu nationalen Vorlagen aus Termingründen

Von Tobias Gfeller

Münchenstein. Bei der Baselbieter EVP herrscht im Hinblick auf die kantonalen Abstimmungen vom 18. Mai grosse Einigkeit. Die Parteiversammlung sagte am Donnerstag in Münchenstein einstimmig Ja zum Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative betreffend die Pensionskassenreform.

Für diesen Konsens verantwortlich war auch Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP), der die Vorlage erläuterte. «Der Gegenvorschlag ist ein fairer Kompromiss. Sowohl die Gemeinden wie auch der Kanton müssen für die Sanierung zahlen.» Der Kanton übernehme 275 Millionen Franken für die Lehrer, die Gemeinden 280 Millionen für ihre Verwaltungsangestellten. «Das ist eine tragbare Lösung für alle», so Hintermann. «Für die Gemeinden entsprechen die 280 Millionen dem Vierfachen ihrer jährlichen Investitionen, für den Kanton sind die 275 Millionen nur das Anderthalbfache ihrer Investitionen», rechnete Hintermann die nach wie vor hohe Belastung für die Gemeinden vor.

Sorgen um die Kirchgemeinden

Der Reinacher Gemeindepräsident unterstrich auch die Bedeutung des neuen Pooling-Systems, mit dem Gemeinden im Zusammenschluss bei Banken zu günstigeren Konditionen Geld aufnehmen können. «Dies ist vor allem für kleinere Gemeinden wichtig, da sie nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um die Last alleine zu stemmen.» Die Liestaler Landrätin Elisabeth Augustburger würdigte den Gegenvorschlag als «absolut unterstützungswürdig».

Trotz der klaren Zustimmung gab es auch kritische Stimmen. «Mit dem Ge-

genvorschlag gucken alle anderen Organisationen in die Röhre», hiess es zweimal aus dem Plenum. Diese EVP-Mitglieder machen sich unter anderem Sorgen um die 35 reformierten Kirchgemeinden, die in diese Sanierung nicht eingeschlossen sind.

Warten auf die Mutterpartei

Ebenfalls einstimmig fasste die Versammlung die Ja-Parole zur Einführung der kantonalen Gewerbeparkkarte. Mehr Brisanz haben aus EVP-Sicht die eidgenössischen Vorlagen. Da aber die Delegiertenversammlung der Mutterpartei noch aussteht, fand gar keine wirkliche Diskussion – geschweige denn eine Abstimmung – statt. «Wir werden dann die Parole der EVP Schweiz übernehmen», erklärte Parteipräsident Urs von Bidder. Da die EVP Schweiz im Januar einen Sonderparteitag zum Thema Sicherheit durchführte und sich dort beim Kampfjet Gripen für die Stimmfreigabe entschied, konnte die Baselbieter EVP nur zu diesem Thema ebenso Stellung beziehen.

Dass über die Mindestlohn-Initiative, die Pädophilen-Initiative und den Gegenvorschlag zur Hausarztmedizin nicht diskutiert wurde, stiess auf Kritik, gerade weil nicht immer ein Konsens mit der Mutterpartei herrsche. «Die nationalen Themen haben alle mit der EVP zu tun. Schade, diskutieren wir nicht darüber. Wir müssen uns für EVP-relevante Themen mehr Zeit nehmen», fand ein Mitglied. Eine zusätzliche Parteiversammlung zu einem späteren Zeitpunkt sei unter anderem aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, entgegnete Urs von Bidder. Der Parteipräsident äusserte sich kritisch zur Pädophilen-Initiative, die ihm persönlich zu weit gehe.